



Polen - Pressespiegel 50/2025 vom 11.12.2025

Das finden Sie in dieser Ausgabe

- Polen wird der Ukraine Mittel bereitstellen. „Eine Million für jeden Zentimeter gesprengter Schienen“
- Russland schreibt Friedenspläne
- Eine neue Phase im Konflikt zwischen Nawrocki und Tusk. Der Präsident will Einfluss auf die Regierung nehmen
- Der Pragmatiker Czarzasty ist die Hoffnung auf eine Wahlallianz mit Tusk. Wenn die Neue Linke getrennt antritt, wird sie die Macht verlieren
- „Merz war schockiert.“ Wir kennen die Hintergründe der deutsch-polnischen Regierungskonsultationen
- Die Regierung Tusks beschäftigt sich, ebenso wie die PiS-Regierung, mit Verstaatlichung

Dazu wie immer ein Cartoon von Andrzej Mleczko und zum Schluss mal ein kluger, mal ein dummer Spruch der Woche

Polen wird der Ukraine Mittel bereitstellen. „Eine Million für jeden Zentimeter gesprengter Schienen“



Quelle: [Wiktor DąbowskiPAP](#)

Von **Patryk Idziak**

„Eine Million Dollar für jeden Zentimeter polnischer Gleise, der von russischen Saboteuren in die Luft gesprengt wurde“, sagte Radosław Sikorski und informierte über die Unterstützung, die die Ukraine von Polen erhalten wird. Im Rahmen des PURL-Programms werden wir gemeinsam mit Deutschland und Norwegen eine halbe Milliarde Dollar übergeben. „Davon stammen 100 Millionen von uns“, teilte der polnische Vizepremier und Außenminister mit.

Nach dem am Mittwoch beendeten Treffen der NATO-Minister teilte Vizepremier und Außenminister Radosław Sikorski mit, dass „der NATO-Russland-Rat nicht mehr existiert“. Er erklärte dazu, dass dies Institutionen gewesen seien, die damals geschaffen wurden, als es so schien, als könne man die europäische Sicherheit gemeinsam mit Russland aufbauen, doch Russland habe dem durch sein Handeln widersprochen. „Heute bauen wir die europäische Sicherheit gegen Russland auf, und das hat nun endlich seinen institutionellen Ausdruck gefunden“, sagte er.

Millionen Dollar aus Polen zur Unterstützung der Ukraine. Sikorski erklärt

Sikorski wiederholte, dass Polen gemeinsam mit Deutschland und Norwegen seine Teilnahme am PURL-Programm angekündigt hat, das den Kauf amerikanischer Waffen vorsieht, die an die Ukraine geliefert werden sollen. Es geht um Raketen für Patriot-Batterien. Ziel ihres Erwerbs, wie der Vizepremier betonte, sei der Schutz ukrainischer Städte und Heizkraftwerke. „Das ist dasselbe Geld, von dem ich bereits in Warschau gesprochen habe. Zusammen mit den Norwegern und den Deutschen beträgt das Budget 500 Millionen Dollar, davon sind 100 Millionen unsere. Eine Million Dollar für jeden Zentimeter polnischer Gleise, die von russischen Saboteuren in die Luft gesprengt wurden“, sagte er.

Der Chef der polnischen Diplomatie wandte sich mit dem Hinweis an die Journalisten, dass die genannten Mittel keine zusätzlichen, aus dem Haushalt herausgeschlagenen Gelder seien. „Das sind Mittel, die wir ursprünglich für das europäische Verteidigungsbudget vorgesehen hatten, das jedoch von Ungarn blockiert wird. Damit dieses Geld nicht ungenutzt bleibt, sondern zur Eindämmung Putins beiträgt, wurde es für amerikanische Waffen für die Ukraine umgeleitet“, erklärte er.

Sikorski über Russlands Krieg in der Ukraine: Vielleicht belügen sie Putin

Auf die Worte Wladimir Putins angesprochen, der am Dienstag auf einem Wirtschaftsforum in Russland erklärte, dass „wenn Europa Krieg wolle, Russland schon jetzt bereit sei“, bewertete Sikorski das militärische Potenzial Russlands kritisch.

„Russland befindet sich in einer deutlich schwächeren Position, als es selbst glaubt. Vielleicht belügen sie Putin. Aber in gewissem Sinne ist es nützlich, dass er uns droht, denn das lenkt die Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit, die Ukraine zu unterstützen“, sagte er.

Eine weitere Frage betraf die Einschätzung, ob Polen ausreichend über Gespräche zur Beendigung des Krieges informiert werde. Der Außenminister antwortete, dass ein wichtiger Bestandteil der Diskussion der NATO-Minister die Frage der Aufteilung von Aufgaben und Kosten zwischen den USA und den europäischen Verbündeten gewesen sei. Er fügte hinzu, dass er selbst auf dem Treffen darauf hingewiesen habe, dass die europäischen NATO-Staaten seit dem ersten Jahr der ersten Amtszeit von US-Präsident Donald Trump (2017) ihre Verteidigungsausgaben verdoppelt hätten.

Der Chef des Außenministeriums erklärte, dass auf dem NATO-Gipfel in Den Haag beschlossen wurde, diese Ausgaben bis zum Ende des Jahrzehnts erneut zu verdoppeln. „Was, wenn es geschieht, bedeuten wird, dass wir in absoluten Zahlen ungefähr so viel ausgeben werden wie die Vereinigten Staaten, und wir haben ja nur regionale Verpflichtungen zur Verteidigung Europas, keine weltweite militärische Präsenz. Wenn wir also das tun, was nötig ist, wird diese Aufgabenaufteilung bereits gerecht sein“, erklärte er.

Geld zur Unterstützung der Ukraine: „Die USA zahlen schon fast nichts mehr“

Sikorski fügte hinzu, dass im Kontext des Krieges in der Ukraine die Frage der Finanzierung „völlig anders“ aussieht und die USA fast keine Ausgaben mehr tragen. „Wir, Europa, bezahlen für diesen Krieg, sowohl für das Funktionieren des ukrainischen Staates als auch für die Finanzierung der Verteidigung der Ukraine. Die Vereinigten Staaten zahlen inzwischen fast nichts mehr. Das betrifft nicht nur PURL, diesen Mechanismus zum Kauf von Waffen. Es betrifft zum Beispiel auch das Starlink-Programm, das größtenteils von Polen finanziert wird“, sagte er. Wie Sikorski betonte, „sollte derjenige, der bezahlt, auch Einfluss auf die Entscheidungen haben“.

Am Mittwoch teilte NATO-Generalsekretär Mark Rutte nach dem Treffen der Außenminister in Brüssel mit, dass zwei Drittel der Mitgliedsstaaten des Bündnisses ihre Teilnahme an der Finanzierung von Waffen für die Ukraine im Rahmen des PURL-Programms erklärt haben. Das bisherige Verpflichtungsvolumen beträgt vier Milliarden Dollar.

Zsfg.: AV

<https://wydarzenia.interia.pl/zagranica/news-polska-przekaze-srodki-ukrainie-milion-za-kazdy-cm-wysadzone,nld,22463488>



*Lasst uns etwas mit einer Schweigeminute gedenken,
sonst werden sie niemals die Klappe halten.*

Zsfg.: JP

Mehr Informationen über den Künstler findet man auf den offiziellen Seiten:
<http://www.mleczko.pl/> und <http://www.sklep.mleczko.pl/>

Russland schreibt Friedenspläne



Quelle: [ALEXANDER NEMENOV](#)/[FREDERIC PETRYAFF](#)

Von **Jarosław Kuisz**

Man muss nur abwarten, bis ein weiterer für die Ukraine und die gesamte Region ungünstiger Plan in Sicht kommt. Russische Diplomaten sind den Amerikanern in Erfahrung und Können weit überlegen. Leider ...

Der (berühmte) 28-Punkte-Plan für **die Ukraine** ist ein Dokument, das die grundlegenden Veränderungen unserer Zeit widerspiegelt.

Erinnern Sie sich, dass vor wenigen Tagen eine diplomatische Bombe platzte? Washington forderte von Kiew die Zustimmung zu neuen Bedingungen. Als wir das amerikanische Dokument lasen, lief es uns eiskalt den Rücken runter. Territoriale Zugeständnisse, eine Reduzierung der ukrainischen Armee, keine Bestrafung von Kriegsverbrechern ... Es sah so aus, als hätte **der Kreml** die Friedensbedingungen diktiert.

Präsident Selenskyj musste im Oval Office eine bittere Lektion über die „neue Diplomatie“ lernen. Niemand führt mehr offene Polemik mit **Donald Trump**. Im Gegenteil, der Trend ist geprägt von Rhetorik und dem Versuch hinter den Kulissen, unliebsame Entscheidungen rückgängig zu machen.

Deshalb wandte sich Kiew nach dem Ultimatum umgehend an Westeuropa, um Unterstützung zu erhalten. Somit wiederholte sich das Szenario des Gipfeltreffens in Anchorage, vermutlich nicht zum letzten Mal.

In Genf machten sich die Europäer, zusammen mit **Marco Rubio**, daran, die „schwarze“ Situation komplett umzudeuten und in eine „weiße“ umzuwandeln. Wichtig war, dass Präsident Trump versichert wurde, die Änderungen seien rein kosmetischer Natur. Natürlich ließ sich der Kreml nicht täuschen. **Russland** hatte sich bereits vom neuen Friedensplan für die Ukraine distanziert. Damit sind wir – fast – wieder am Anfang.

Zweimal „fast“

„Fast“, denn erstens haben wir inzwischen erfahren, dass der Entwickler und Diplomat Steve Witkoff, Präsident Trumps Gesandter, in Wirklichkeit ein doppeltes Spiel trieb: Er nahm russische Vorschläge gierig auf und gab den Russen Tipps, wie sie Trump beschwichtigen konnten. Kirill Dmitriev, Putins Sondergesandter, hat die engsten Vertrauten des amerikanischen Präsidenten fest im Griff.

Es ist kaum zu glauben, dass der Moderator im Weißen Haus tatsächlich 28 Punkte vorgelesen hat. Das ist nicht böswillig gemeint, denn Donald Trumps Berater haben schon lange gesagt, dass der Politiker ein grundlegendes Problem mit anhaltender Aufmerksamkeit hat.

„Fast“, denn zweitens geben die Russen ganz offensichtlich nicht nach. Wir haben gerade von einer weiteren Wendung erfahren: Jared Kushner, der Schwiegersohn von Präsident Trump, wird gemeinsam mit Steve Witkoff in Moskau direkte Gespräche mit Präsident Putin führen.

Was bedeutet das? Dass US-Außenminister Marco Rubio, der die ukrainische Verteidigung weitgehend unterstützt hat, ins Abseits geraten ist. Der Druck, Frieden auf Kosten Kiews zu schließen, könnte daher wieder deutlich zunehmen.

Dies gilt insbesondere, da Präsident Trump möglicherweise tatsächlich Frieden will. Er braucht jeden Erfolg in den USA; seine Popularität sinkt rapide. Angesichts des erstmals deutlich ins Stocken geratenen Wirtschaftswachstums in Russland steigen die Chancen für eine Einigung Trumps mit Putin – natürlich auf Kosten seines schwächeren ukrainischen Partners – deutlich an.

Was liegt in der Luft?

Zum Jahresende 2025 wird deutlich, dass die neue amerikanische Regierung kein wirkliches Interesse an Osteuropa – einschließlich Polen und der Ukraine – hat. Sie wollen im Allgemeinen in Ruhe gelassen werden und große Geschäfte anstreben, die ihren Familien und Angehörigen sowie den Vereinigten Staaten zugutekommen, getreu dem Motto: „Großer Partner, bessere Deals“. Aus dieser Perspektive ist leider ein Jahr später klar, dass die Länder unserer Region für die Vereinigten Staaten keine Priorität haben.

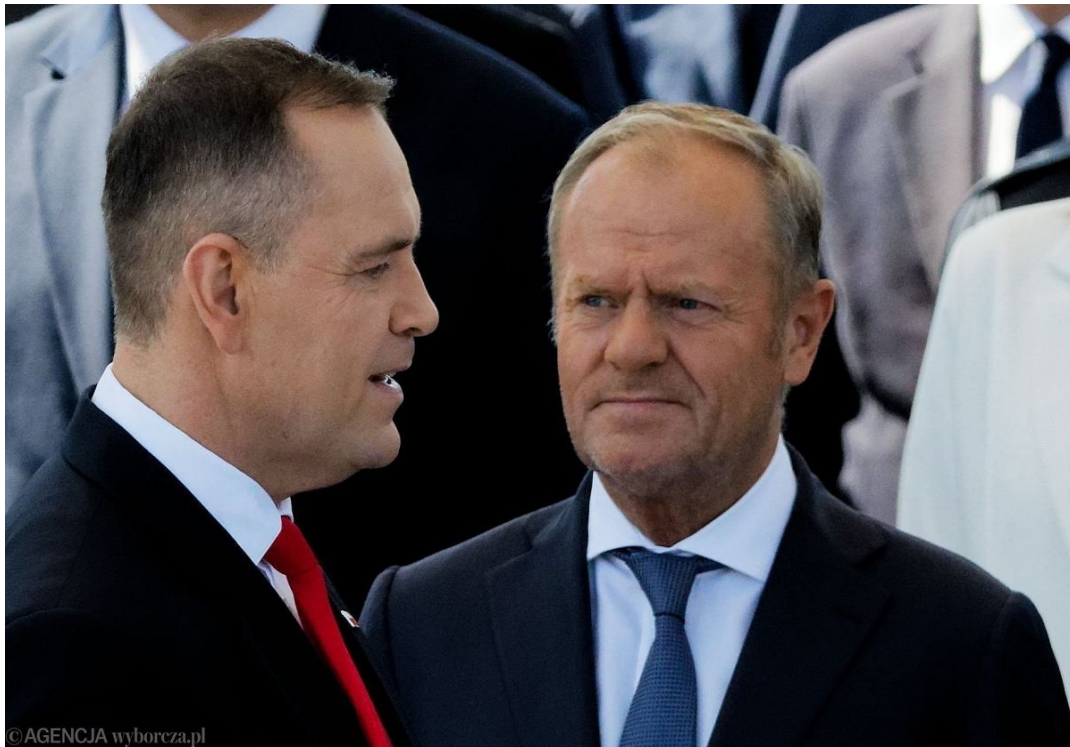
Unsere Polarisierung verschleiert auch die naheliegende Schlussfolgerung: Polens Position in Washington verbessert sich nicht dadurch, ob Präsident Nawrocki oder jemand anderes im Namen unseres Landes spricht. Loyalität, auch ideologische Loyalität, ist nicht so wichtig, wie manche glauben machen wollen. Die Tatsache, dass Präsident Nawrocki ein Treffen mit Ministerpräsident Orbán ablehnte, beweist im Grunde dasselbe im Kleinen.

In dieser Situation müssen wir bedauerlicherweise mit Sorge in die Zukunft blicken. Es könnte sich herausstellen, dass bald ein weiterer, für die Ukraine, Polen und andere Länder eher ungünstiger Friedensvorschlag präsentiert wird. Jared Kushner und Steve Witkoff werden dem pro-ukrainischen Marco Rubio nicht folgen. Der 28-Punkte Plan ist wichtig, weil er klar aufzeigt, was auf uns zukommt. Und was als Nächstes folgen könnte. Und nicht weniger wichtig: Niemand wird uns jemals wieder nach unserer Meinung fragen.

Zsfg.: JP

<https://wydarzenia.interia.pl/felietony/news-rosja-pisze-plany-pokojowe,nld,22462862>

Eine neue Phase im Konflikt zwischen Nawrocki und Tusk. Der Präsident will Einfluss auf die Regierung nehmen



Quelle: [Robert Kowalewski / Agencja Wyborcza.pl](#)

Von **Agata Kondzińska**

Karol Nawrocki hat ein weiteres Kapitel in seinem Streit mit Premierminister Donald Tusk aufgeschlagen. Die Regierung soll künftig alle Gesetzesentwürfe mit dem Präsidenten abstimmen, um ein Veto zu vermeiden.

Präsident Nawrocki stellte seinen Vorschlag öffentlich auf Plattform X vor. In einem mehrminütigen Video, in dem er vor dem Hintergrund polnischer Flaggen lächelte, erklärte er in freundlichem Ton, welche Gesetze er unterzeichnen und gegen welche er sein Veto einlegen würde, und warum.

„Ich möchte klarstellen, dass ich mein Vetorecht nur dann nutze, wenn es im Interesse der Bürger, der Rechtstransparenz und der Stabilität des Staates erforderlich ist. Es waren die Bürger, die mir dieses Vorrecht durch meine Wahl bei den allgemeinen Wahlen anvertraut haben“, betonte er.

Auf diese Weise berief sich Nawrocki erneut auf über 10 Millionen Wählerstimmen.

Nawrocki: „Die Überprüfung von Gesetzen ist eine Verantwortung gegenüber allen Polen.“

Der Präsident argumentierte, die Überprüfung von Gesetzen sei seine Pflicht gegenüber allen Polen, die ihn bei der Wahl unterstützt hätten, und zugleich ein Wahlversprechen, als er seine eigenen Vorschläge einbrachte. Er erinnerte daran, dass er auf drei abgelehnte Gesetze mit eigenen Lösungen reagiert habe, um zu beweisen, dass er kein Störenfried sei, wie die Regierung ihm vorwirft. In dem Video präsentierte sich Nawrocki als jemand, der die schlechten Vorschläge des Kabinetts Tusk korrigiert und Gesetze, die

„schlecht für die Polen“ gewesen seien, zurückgezogen habe. Und er hat der Regierung ein Angebot gemacht: „Ich lade Sie ein, Gesetzesentwürfe in einem frühen Stadium ihrer Ausarbeitung zu konsultieren.“

Er argumentierte, dies würde die Arbeit beschleunigen und Vetos reduzieren. Nawrocki ist überzeugt, dass sein Vorgehen eine bürgernahe Haltung beweist und sich die Polen eine solche Zusammenarbeit wünschen.

„Deshalb appelliere ich an den Premierminister und die Minister: Lassen Sie uns die Angelegenheiten der Polen substanziell und mit voller Verantwortung für die Zukunft unseres Vaterlandes diskutieren“, betonte er.

Nawrocki legte gegen 15 Gesetzesentwürfe sein Veto ein und rechtfertigte sein Vorgehen mit dem Slogan: „Polen zuerst, die Polen zuerst.“

Tusk: „Ich werde nicht zulassen, dass wir Opfer werden.“

Die Machthabenden reagieren unterschiedlich auf Präsident Nawrockis Veto. Premierminister Donald Tusk äußerte sich zu seinen Worten.

„Wir werden Zeugen und Teilnehmer eines unangenehmen Spektakels sein“, betonte er. „Ein Duell, ein politischer Machtkampf, denn das ist ein Veto gegen Gesetze aus Sicht der Volksinteressen. Aber ich werde ganz sicher nicht zulassen, dass wir zu Opfern werden, nur weil jemand eine Idee für die Präsidentschaft hat, die darin besteht, die Arbeit der Regierung zu blockieren“, unterstrich Tusk.

Etwas früher im Sejm warnte der Regierungschef Nawrocki und verkündete: „Keine Vetos und keine Sabotageakte mehr im Parlament.“

All dies geschieht inmitten eines weiteren Streits um die Geheimdienste, in dem gegenseitige Missgunst und Anschuldigungen zu einem ernsten Konflikt eskaliert sind. Das Umfeld des Präsidenten, seine Minister, spielt dabei eine Schlüsselrolle. Der Präsidentenpalast lehnte die Liste der für Auszeichnungen nominierten Offiziere zunächst ab. Tomasz Siemoniak, Koordinator der Geheimdienste, schrieb auf Plattform X, dass sich unter den Nominierten auch Offiziere befänden, die täglich Sabotageakte bekämpfen. „Sie riskieren ihr Leben und ihre Gesundheit für unsere Sicherheit. Ihnen gebührt unser höchster Respekt. Selbst die verhängnisvollen Entscheidungen des Präsidenten werden ihnen diesen Respekt nicht nehmen“, erklärte er.

Das Umfeld des Präsidenten hat seine eigene verschwörerische Version der Ereignisse: Unter den Offizieren könnten sich Offiziere befinden, „bei denen ernsthafte Bedenken bestehen, dass sie an Aktivitäten gegen den bürgerlichen Kandidaten für das Amt des Präsidenten, Karol Nawrocki, beteiligt waren“.

Erneut wurden die Chefs der Sicherheitsdienste zu einem Treffen mit dem Präsidenten einbestellt. Dabei wurde ihnen der schwere Vorwurf gemacht, sie würden „ihre Ehre in einem Tresor verstecken, um Tusks politische Befehle auszuführen“. Präsidentensprecher Rafał Leśkiewicz beschuldigte die Regierung öffentlich, Informationen vor Karol Nawrocki zurückzuhalten. „Es besteht ein Missverhältnis zwischen den öffentlichen Äußerungen des Premierministers und dem, was die Sicherheitsdienste dem Präsidenten zukommen lassen“, schrieb er.

Er appellierte an die Verantwortlichen, die Sicherheit nicht „zum zynischen politischen Spiel der Machthabenden zu machen“. „Die Sicherheit der polnischen Frauen und Männer ist eine Staatsräson, die der Premierminister und die Chefs der ihm unterstellten Geheimdienste leider vergessen haben“, sagte er.

Dies rief eine Gegendarstellung von Jacek Dobrzyński, Sprecher des Innenministeriums und Koordinator der Spezialeinheiten, hervor. Er betonte, dass es wie jedes Jahr am Unabhängigkeitstag geplant sei, die verdientesten Offiziere zu ehren, die weder Verhandlungsmasse noch Spielbälle irgendeiner Laune seien. Auf dem X-Portal fasste er es scharf zusammen: „Der Sprecher des Präsidenten lügt. Sie machen weiter mit Ihren Phobien und Täuschungen. Skandal ist noch milde ausgedrückt.“

Der Präsidentenpalast steht im Konflikt mit der Regierung. Nawrocki will mehr Macht

Einerseits wirbt der Präsidentenpalast um Zusammenarbeit mit der Regierung bei der Gesetzgebung, andererseits befindet er sich in einem Streit auf allen Ebenen, auch mit dem Außenministerium. Sein Gegner ist hier Vizepremier und Außenminister Radosław Sikorski, der seit Langem auf die Zustimmung des Präsidenten zur Personalbesetzung der polnischen diplomatischen Vertretungen wartet.

Nawrocki möchte jedoch im Vorfeld zu diesen Angelegenheiten konsultiert werden. Er erklärte Sikorski, dass die Vorschläge der Kandidaten zunächst an den Präsidentenpalast weitergeleitet werden sollten. Sollten diese dort nicht Anklang finden, „muss das Außenministerium weitere Schritte einleiten“.

Sikorski erinnerte Nawrocki an den ihm laut Verfassung zustehenden Handlungsspielraum und daran, dass die Rolle des Präsidenten auf die Ernennung und Entlassung von Botschaftern auf Antrag des Außenministeriums beschränkt sei. „Ich werde nicht zulassen, dass der Regierung ihre Befugnisse entzogen werden, noch werde ich zulassen, dass der polnische diplomatische Dienst erneut parteiisch wird“, kommentierte der Außenminister.

Im Rahmen der „Kontrolle über die Regierung“ müssen nicht nur die Nominierungen von Botschaftern, sondern auch Anträge auf Medaillen für verdiente Mitarbeiter des Außenministeriums durch das Sieb des Palastes gehen.

Im Fall des Außenministeriums lehnte der Palast die Hälfte der Anträge ab, und die Präsidialministerin teilte uns mit, dass „Auszeichnungen des Präsidenten der Republik Polen kein Weihnachtsbaumschmuck oder billiger Schmuck sind“.

Die Außenpolitik war von Anfang an ein Feld, auf dem Nawrocki sich profilieren wollte. Sein Stabschef Zbigniew Bogucki verkündete, der Präsident müsse niemanden konsultieren, wenn er am EU-Gipfel teilnehmen wolle.

Daher beförderte Tusk Sikorski im Juli zum stellvertretenden Ministerpräsidenten. Er wollte seine Position im Machtkampf gegen den Präsidenten stärken. Infolgedessen schloss sich Sikorski einer Gruppe von Regierungs-„Kommandos“ an: Innenminister Marcin Kierwiński und Justizminister Waldemar Żurek.

Beide Konfliktparteien verkündeten ihre eigenen Regeln. Tusk tat dies nach russischen Provokationen und rief im Sejm zur Versöhnung in Sicherheitsfragen auf. Er skizzierte fünf Prinzipien der parteiübergreifenden Zusammenarbeit: keine Angriffe auf die Sicherheitskräfte, das Militär oder Maßnahmen zur Sicherung der Grenze; keine Wiederholung russischer Propaganda; keine Untergrabung der EU-Mitgliedschaft; Solidarität mit der Ukraine; und keine weitere Sabotage der Gesetzgebung.

Der Palast verkündete auch fünf Grundsätze. Bogucki, Leiter der Präsidialkanzlei, erinnerte in den Polsat-Nachrichten daran: „Wir sind Polen, der Glaube unserer Väter ist der Glaube unserer Kinder, Polen sind Brüder unter Polen, Polen dienen der Nation jeden Tag, Polen ist unsere Mutter – wir dürfen nicht schlecht über unsere Mutter sprechen“, zählte er auf.

Die Ausweitung des Einflusses des Präsidentenpalastes auf den Regierungsbereich schreitet voran. Koalitionspolitiker betonten gegenüber der „Gazeta Wyborcza“, dass eine solche Strategie eine Bedrohung für den Präsidenten darstellen könnte. Sie machten dafür seine Berater verantwortlich: parteiinterne Scharmützler der PiS und unerfahrene Vertraute des Instituts für Nationales Gedenken (IPN).

Im Präsidentenpalast schien niemand besorgt zu sein. Man entgegnete, Nawrocki stehe in den Vertrauensrankings an erster Stelle, „offensichtlich gefällt den Leuten sein Stil also“. Doch die jüngste CBOS-Umfrage lieferte die erste Warnung: Präsident Nawrocki ist zwar immer noch die Nummer eins, hat aber zuletzt drei Prozentpunkte eingebüßt.

Zsfg.: JP

Der Pragmatiker Czarzasty ist die Hoffnung auf eine Wahlallianz mit Tusk. Wenn die Neue Linke getrennt antritt, wird sie die Macht verlieren



© AGENCJA wyborcza.pl

Dawid Żuchowicz / Agencja Wyborcza.pl

Von **Janusz A. Majcherek**

Ein Grund für die wachsende Umfrageunterstützung für die KO ist die kürzlich erfolgte Konsolidierung dieses politischen Umfelds. Für den Wahlsieg ist der nächste Schritt nötig. Die Vereinbarung von Premierminister Donald Tusk mit Marschall Włodzimierz Czarzasty zur Verteidigung des Parlamentarismus ist ein gutes Omen.

Wie Andrzej Machowski regelmäßig in der „Gazeta Wyborcza“ berechnet und zeigt, wird in den Wahlen in zwei Jahren das Lager siegen, das besser integriert ist und weniger Listen aufstellt. Am besten wäre es, wenn es nur eine Liste gäbe, die über 40 % der Stimmen erhielte, dann wäre der Gewinn der Parlamentsmehrheit nahezu sicher, denn so funktioniert das d'Hondt-System, das die stärkste Partei begünstigt, besonders wenn die übrigen zersplittert antreten.

Stimmen für die PSL reichen nicht aus

Das Umfeld von Donald Tusk und wohl auch er selbst haben bislang wohlwollend und ermutigend auf die PSL geblickt. Grundlage eines möglichen Wahlbündnisses mit den „Bäuerlichen“ wären die positiven Erfahrungen aus der gemeinsamen Regierungszeit 2007–2015 sowie die Zugehörigkeit zur gleichen politischen Familie im Europäischen Parlament. Beim jüngsten Parteitag der Bauernpartei erklärten jedoch Präsident Kosiniak-Kamysz und andere Funktionäre entschlossen den eigenständigen Wahlantritt. Das deutet auf politischen Selbstmord hin, denn die Umfragewerte der „Bäuerlichen“ liegen regelmäßig unter der Hürde. Damit wird die PSL auch als Partner für eine gemeinsame Zweierliste unattraktiv. Selbst wenn diese Liste über 40 % erreichen sollte, würden die zusätzlichen 2 bis 3 % der PSL dafür nicht ausreichen.

Die fehlende Unterstützung könnte die Linke garantieren, doch diese ist gespalten. Möglicherweise wird sie vor den Wahlen erneut versuchen, sich zu einen (wie schon zuvor), weshalb man einen solchen möglichen

Schritt vorwegnehmen und eine gemeinsame Wahlliste der Neuen Linken vorschlagen sollte. Włodzimierz Czarzasty ist ein zynischer Pragmatiker, mit dem man politische Allianzen eingehen kann, im Gegensatz zum Dogmatiker Adrian Zandberg, dessen kleine Partei man besser ihrem eigenen Untergang überlassen sollte. Die NL hat anständige 6 bis 7 %, was ausreichen könnte, damit die gemeinsame Liste KO/NL die 40 % überschreitet. Zumal die Wähler beider Formationen nachsichtig sind und ein solches Bündnis zwar ohne Begeisterung, aber mit Akzeptanz hinnehmen würden, wenn auch mit zusammengekauerten Zähnen. Das ist Politik und kein Internet-Date.

Auf den Restanteil der Partei Polen 2025 sollte man wohl kaum setzen, denn die verfügt nur noch über ein verschwindend kleines Wählerpotenzial und wird es vermutlich nicht vergrößern.

Entweder Czarzasty oder Mentzen

Theoretisch käme auch ein Bündnis der KO mit den Mentzen-Anhängern infrage, insbesondere mit denen, die von den Nationalisten getrennt sind. Doch die Konföderierten, die auf einer Umfrageunterstützung von mehreren Prozentpunkten basieren, möchten eigenständig antreten und den nachfolgenden Koalitionspartnern die Bedingungen diktieren. Um sie für eine gemeinsame Liste zu gewinnen, müsste man ein Angebot machen, das für das KO-Elektorat inakzeptabel wäre, auch wenn ein Teil davon die Aussicht auf Sławomir Mentzen als Finanzminister vielleicht mit Hoffnung begrüßen würde, jemand, der dem leichtfertigen und gedankenlosen Umgang mit öffentlichen Geldern ein Ende setzt.

Um nach den Wahlen nicht gezwungen zu sein, mit Mentzen zu verhandeln, ist es also sinnvoll, schon vor der Wahl eine Liste zu schaffen, die stark genug ist, um eine Parlamentsmehrheit zu sichern. Im aktuellen Kräfteverhältnis ist der erste, der vom stärksten Partner eingeladen wird, die Neue Linke. Ihre Funktionäre müssen sich bewusst sein, dass, wenn sie getrennt antreten und nicht genügend Abgeordnetenmandate sammeln, um die Regierungsmehrheit zu ergänzen (6 bis 7 % entsprechen nur wenigen Dutzend Mandaten), wird entweder die PiS gemeinsam mit Mentzen und/oder Braun regieren oder die KO gemeinsam mit den Mentzen-Anhängern. Es ist wohl sinnvoll, gewisse Kompromisse einzugehen, um dies zu verhindern. Solche Kompromisse sind leichter mit der pragmatischen KO und Tusk zu erreichen als mit den fanatischen und unberechenbaren Politikern der linken Razem von Adrian Zandberg.

Nachdem er sich das Amt des Sejm-Marschalls gesichert hat, hält Czarzasty an der Hoffnung fest, die Macht in seiner Partei nicht an linke Dogmatiker und Doktrinäre abzugeben, die Kompromisse unmöglich machen würden und so den Nationalisten, religiösen Fundamentalisten und Antisemiten den Weg zur Macht erleichtern.

Zsfg.: AV

<https://wyborcza.pl/7,75968,32437194,pragmatyk-czarzasty-to-nadzieja-na-wyborczy-sojusz-z-tuskiem.html#s=S.index-K.C-B.1-L.4.duzy>

„Merz war schockiert.“ Wir kennen die Hintergründe der deutsch-polnischen Regierungskonsultationen



Quelle: [REUTERS/Lisi Niesner](#)

Von **Bartosz T. Wieliński**

Der deutsche Kanzler Friedrich Merz war zutiefst beeindruckt von Donald Tusks Worten, dass bald die letzten in Polen lebenden Opfer des Dritten Reiches sterben werden und es niemanden mehr geben wird, den man unterstützen kann. Laut der „Gazeta Wyborcza“ wurde der Frage der Entschädigung in Berlin höchste Priorität eingeräumt.

„Wir sind mit gemischten Gefühlen nach Berlin geflogen. Die Erwartungen waren nicht hoch, aber alles ist sehr gut gelaufen“, erzählt uns einer der polnischen Diplomaten, die an den deutsch-polnischen Konsultationen am Montag teilgenommen haben. „Die Gespräche verliefen deutlich besser als die im letzten Jahr in Warschau. Vielleicht ist es gelungen, das Unglück abzuwenden, das über den Beziehungen lastet“, sinniert ein anderer Diplomat.

Das Treffen der polnischen und deutschen Regierung Anfang Juli 2024 in Warschau hinterließ einen bitteren Nachgeschmack. Bundeskanzler Olaf Scholz brachte ein Angebot über 200 Millionen Euro für die damals noch lebenden polnischen Opfer des Dritten Reiches mit nach Warschau. Sein Umfeld erwartete, dass die Polen diese Geste als ausreichend betrachten würden, um die Reparationsforderungen für die von den Deutschen während der Besatzung Polens im Zweiten Weltkrieg begangenen Verbrechen und Zerstörungen von ihrer Prioritätenliste zu streichen.

Während der PiS-Regierung wurde der Wert der Reparationen (eher fragwürdig) auf über 6 Billionen Złoty geschätzt. Am 15. Oktober hielt die Koalitionsregierung an diesen Forderungen fest und verlangte von

Deutschland eine „kreative Lösung“. Doch Scholz' Angebot reichte Donald Tusk nicht aus. Die Zahlung erfolgte nicht.

Tusks Worte beeindruckten die Deutschen. Doch die Einzelheiten müssen wir noch abwarten.

„Laut Schätzungen der Deutsch-Polnisch-Versöhnungstiftung gibt es derzeit rund 50.000 solcher Menschen. Vor einem Jahr waren es noch 60.000. Beeilen Sie sich, wenn Sie wirklich eine solche Geste machen wollen“, appellierte Tusk am Montag auf der Pressekonferenz an Friedrich Merz.

Wie wir von Diplomaten aus Polen und Deutschland erfuhren, schockierten diese Worte den deutschen Bundeskanzler. Ebenso die Ankündigung des polnischen Ministerpräsidenten, dass Polen Sonderleistungen aus dem eigenen Haushalt zahlen würde, falls Berlin nichts unternehme. Wie wir hörten, würde dies die Deutschen in eine äußerst unangenehme Lage bringen.

„Es gibt Anzeichen für eine weitreichende Bereitschaft zur Zusammenarbeit, um eine gute Lösung zu finden. Deutschland nimmt dies, wie Tusk es formuliert hat, persönlich“, so polnische Diplomaten.

Eine Quelle aus der Berliner Regierung bestätigt, dass Deutschland zügig einen weiteren Vorschlag zur Entschädigung der Besatzungsoffer ausarbeiten wird. „So schnell wie möglich“ bedeutet jedoch frühestens 2027. Am Freitag verabschiedet der Bundestag den Haushalt für das kommende Jahr, und die Regierungskoalition muss sich anschließend zu Verhandlungen zusammensetzen.

Laut unserer Quelle ist das Budget zu knapp, um ohne Verhandlungen und Einleitung des gesamten Verfahrens einen so hohen Betrag für Entschädigungen bereitzustellen.

Die zweite zu klärende Frage betrifft die Verteilung der Gelder. Polen wünscht sich regelmäßige, lebenslange Leistungen für die Opfer des nationalsozialistischen Deutschlands. Die Auszahlung dieser Leistungen würde von der Polnisch-Deutschen Versöhnungstiftung erfolgen, die solche Unterstützung leistet.

Polen beabsichtigt nicht, die Forderung nach Reparationen aufzugeben. Deutschland versteht das.

Polen wird zum Washingtoner Format zurückkehren.

„Es ist gut, dass es mit der Ukraine angefangen hat. In diesen Fragen konnten Tusk und Merz nur bekräftigen, wie sehr sie einander zustimmen und wie entschlossen sie sind, sicherzustellen, dass die Ukraine den Krieg nicht verliert und ihr niemand die Bedingungen für sein Ende aufzwingt“, so unsere Gesprächspartner.

Merz lud Tusk zu einem virtuellen Treffen im sogenannten Washington-Format ein, also zu einem Treffen der Staats- und Regierungschefs der wichtigsten europäischen Länder, die die Ukraine unterstützen.

Im August, nach einem Treffen zwischen US-Präsident Donald Trump und Wladimir Putin in Anchorage, reiste die Gruppe ins Weiße Haus, um den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj zu unterstützen. Neben EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und dem deutschen Bundeskanzler gehörten der Gruppe der britische Premierminister Keir Starmer, der französische Präsident Emmanuel Macron, die italienische Ministerpräsidentin Georgia Meloni und der finnische Präsident Alexander Stubb an. Polen fehlte bei dem Treffen, da das Umfeld von Präsident Karol Nawrocki die Amerikaner dazu veranlasste, Tusk auszuladen. Dem polnischen Präsidentenlager gelang es jedoch nicht, eine Einladung für seinen Staatschef zu erwirken.

Bedeutet Merz' Einladung, dass Polen dauerhaft an diesem Format teilnehmen wird? Unsere Quellen sagen ja. Weitere Treffen auf niedrigerer Ebene werden in den nächsten Tagen stattfinden.

Deutschland wird gestohlene Kulturgüter zurückgeben

Tusk und Merz sind sich außerdem einig, dass die eingefrorenen russischen Bankvermögen im Wert von über 260 Milliarden Euro endlich beschlagnahmt werden sollten. Der deutsche Bundeskanzler fordert den Europäischen Rat auf, dieses Thema auf seinem Gipfeltreffen am 18. Dezember zu behandeln, damit die Beschlagnahme der Gelder eingeleitet werden kann.

Die Rückgabe von Kulturgütern hat sich als unerwarteter Erfolg erwiesen. Unsere polnischen Gesprächspartner bestätigen, dass ein Durchbruch erzielt wurde. Die Deutschen haben 73 mittelalterliche Pergamente zurückgegeben, die während des Krieges aus dem Zentralarchiv für historische Aufzeichnungen in Warschau geraubt worden waren. Auch ein Fragment der Skulptur des Heiligen Jakobus des Älteren aus der Marienkirche auf der Marienburg wird nach Polen zurückkehren.

Unseren Informationen zufolge gehört auch der Ring Sigismunds des Alten, der im Zweiten Weltkrieg geraubt wurde, zu den Kunstwerken, um deren Rückgabe intensiv gekämpft wird. Seit den 1960er Jahren ist er im Deutschen Schmuckmuseum in Pforzheim ausgestellt. Die Bemühungen um seine Wiederbeschaffung dauern bereits seit Jahren an. Die Regierung der Vereinigten Rechten stellte im Frühjahr 2023 einen Antrag auf Restitution.

Kulturministerin Marta Cienkowska versicherte kürzlich, dass die Gespräche in dieser Angelegenheit „in der Endphase“ seien. Unsere Quelle in Berlin bestätigt dies:

„Wir benötigen lediglich ein formelles Gutachten, das bestätigt, dass der Ring in Polen gestohlen wurde. Die am Montag nach Polen gelieferten Pergamente erfüllten diese Kriterien, daher konnten wir sie schnell weiterleiten“, sagt er.

Polen hat neun Anträge auf Rückgabe von 35 gestohlenen historischen Objekten gestellt. Laut der „Gazeta Wyborcza“ wird Deutschland diese voraussichtlich bis zum nächsten Sommer prüfen.

Verlangt Berlin im Gegenzug etwas? Vor Jahren gab es jenseits der Oder laute Forderungen nach der Rückgabe der sogenannten Berlinka – der riesigen Sammlungen der Preußischen Staatsbibliothek, die von Polen beschlagnahmt und während des Krieges aus dem bombardierten Berlin nach Niederschlesien transportiert wurden.

„Niemand spricht dieses Thema an. Die Deutschen sind sich des enormen Schadens bewusst, den sie der polnischen Kultur zugefügt haben“, sagen polnische Diplomaten.

Unser deutscher Gesprächspartner bestätigt, dass bei den Gesprächen über die Restitution polnischer Kulturgüter das Prinzip der Gegenseitigkeit nicht erwähnt wurde. „Es geht hier ausschließlich um Polen und Werke in Deutschland“, versichert er.

„Zwischen Tusk und Merz stimmt die Chemie“

Eines der Themen, die die Regierungschefs erörterten, war das Wirtschaftswachstum. Während Deutschland weiterhin stagniert, wächst das polnische BIP jährlich um 3,7 Prozent. Die polnische Regierung zeigte sich sehr erfreut über die deutlichen Ankündigungen zu Investitionen in Verteidigung und Infrastruktur.

„Wir sind uns bewusst, dass Investitionsprozesse in Deutschland deutlich länger dauern als hier. Es ist wichtig, dass der politische Wille zur Modernisierung der Bahnverbindungen vorhanden ist. Dies ist entscheidend für den Personenverkehr und die militärische Verlegung“, so die Aussage.

Die Polen kündigten außerdem die Einrichtung eines Rates für die Beziehungen zu Deutschland an. Dieser wird von einem stellvertretenden Außenminister geleitet und umfasst Vertreter der Ministerien für Inneres, Verteidigung, Kultur und Bildung – Ministerien, die täglich mit Deutschland zusammenarbeiten. Der Rat wird diese Zusammenarbeit koordinieren.

„Es ist offensichtlich, dass zwischen Tusk und Merz eine gute Chemie herrscht, etwas, das zwischen dem Premierminister und Bundeskanzler Scholz nicht vorhanden war. Auch die Minister verstehen sich gut. Die Zusammenarbeit zwischen dem Außen- und dem Verteidigungsministerium ist sehr intensiv“, so unsere Quellen aus der polnischen Diplomatie. „Auch die Deutschen kennen die Umfragen. Sie wissen, dass sich das Ansehen ihres Nachbarlandes in der polnischen Gesellschaft verschlechtert und ähnliche Prozesse auch in ihrem Land stattfinden“, schließen sie.

Zsfg.: JP

<https://wyborcza.pl/7,75399,32439488,merz-by-l-w-szoku-znamy-kulisy-polsko-niemieckich-konsultacji.html#s=S.TD-K.C-B.1-L.1.duzy>

Die Regierung Tusks beschäftigt sich, ebenso wie die PiS-Regierung, mit Verstaatlichung



Quelle: [Robert Kowalewski / Agencja Wyborcza.pl](#)

Von **Witold Gadomski**

Die Privatisierung wurde bereits zu Beginn des letzten Jahrzehnts gebremst und unter der PiS-Regierung ganz gestoppt. Diese Politik setzt die Regierung Donald Tusks fort.

Auf Basis des Gesetzes über die Grundsätze der Verwaltung des Staatseigentums vom 16. Dezember 2016 erließ die Ministerpräsidentin Beata Szydło im Januar 2017 eine Verordnung mit einer Liste der „Unternehmen von strategischer Bedeutung“, die auf ewig staatlich bleiben sollten. Weiterhin begann die Regierung eine langsame Verstaatlichung, indem sie die Kontrolle über zwei Banken und mehrere Energieunternehmen übernahm.

Die Regierung Donald Tusks setzt diese Politik fort. 21 Unternehmen stehen weiterhin auf der Liste „nicht zu privatisieren“. Im zu Beginn der zweiten Amtszeit von PiS gegründeten Ministerium für Staatsvermögen wurden keine Abteilungen für Privatisierung eingerichtet. Das Ministerium übt die Eigentümeraufsicht über staatliche Unternehmen aus und sorgt theoretisch dafür, dass die Vermögenswerte „rational und effizient“ verwaltet werden, vor allem besetzt es aber die Aufsichtsräte und Vorstände der Unternehmen. So war es unter der PiS-Regierung, und so ist es derzeit. Der Personalwechsel hat sich etwas verlangsamt, aber die Besetzung wird weiterhin von Politikern entschieden.

Auch der Prozess der Verstaatlichung wird fortgesetzt. Das Ministerium übernimmt häufig über die Industrieentwicklungsagentur (Agencja Rozwoju Przemysłu, ARP) oder den Polnischen Entwicklungsfonds (Polski Fundusz Rozwoju, PFR) die Kontrolle über Unternehmen in finanziellen Schwierigkeiten. Unter der PiS-Regierung übernahm der PFR 2018 100 % der Aktien der Firma PESA Bydgoszcz. Ähnliche Prozesse finden derzeit statt. In anderen EU-Ländern kommt es zwar vor, dass der Staat die Kontrolle über ein

gefährdetes Unternehmen übernimmt, dabei aber versucht, es zu rekapitalisieren und wieder zu verkaufen, so geschehen z. B. bei Banken in vielen Ländern. In Polen verläuft die Bewegung nur in eine Richtung: vom privaten Eigentümer zum Staat. Ebenso rühmen sich Politiker der fortschreitenden Verstaatlichung, indem sie behaupten, Arbeitsplätze gerettet zu haben, ohne zu erwähnen, dass dies auf Kosten der Steuerzahler geschieht und die „geretteten“ Unternehmen häufig ineffizient sind und ständige staatliche Unterstützung benötigen.

Im September 2024 beantragte der Vorstand des Unternehmens RAFAKO aus Racibórz die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens, begründet mit fehlender Einigung mit den Gläubigern und einer drastischen Verschlechterung der Liquidität. Im Dezember 2024 erklärte das Bezirksgericht in Gliwice das Unternehmen für insolvent und ernannte einen Insolvenzverwalter. Obwohl RAFAKO formal ein börsennotiertes Privatunternehmen war, betrachtete die Regierung es als strategisch wichtig.

Im April 2025 kündigte die ARP an, gemeinsam mit Polimex-Mostostal und Towarzystwem Finansowym Silesia (beide ebenfalls im Staatsbesitz) ein Investitionsprojekt zu starten, dessen Ziel die Nutzung des Vermögens von RAFAKO ist, unter anderem in neuen „strategischen“ Segmenten, einschließlich der Produktion für die Rüstungsindustrie. Premierminister Donald Tusk kündigte die Bereitstellung von über 700 Mio. PLN an die ARP an, u. a. zur Unterstützung von RAFAKO und der Firma Rafamet SA, die schwere Werkzeugmaschinen herstellt. Praktisch bedeutet dies eine klassische Renationalisierung: Ein altes, verschuldetes börsennotiertes Unternehmen geht in Insolvenz, während die wichtigsten Vermögenswerte und Ressourcen in eine neue Struktur überführt werden, die von staatlichen Einrichtungen kontrolliert wird.

Politische, nicht wirtschaftliche Motivation

Ähnlich verhält es sich mit der Geschichte der Huta Częstochowa. Das staatliche Unternehmen wurde 2005 vom ukrainischen Industrial Union of Donbas gekauft, und im Juni 2019 beantragte die Geschäftsführung Insolvenz. Im September 2019 erklärte das Gericht die Liquidationsinsolvenz der ISD Huta Częstochowa. Danach hatte das Stahlwerk noch zwei Eigentümer: ein kleines polnisches Unternehmen mit großen Ambitionen, Sunningwell International Polska, sowie ein internationales Unternehmen der indischen Familie Gupta, Liberty Steel. 2024 ging Liberty Częstochowa in Konkurs, und das Ministerium für Staatsvermögen beauftragte das staatliche Unternehmen Węglokoks mit der Rettung des Stahlwerks. Węglokoks, unterstützt vom Ministerium, soll dabei ein effizienterer Eigentümer sein als private Unternehmen, sowohl kleine, unerfahrene Firmen als auch global agierende Konzerne.

Das Ministerium nutzt die von ihm kontrollierten Unternehmen, um ... weitere gefährdete Unternehmen zu retten. Es führt keine finanzielle Analyse durch, die zeigen sollte, ob eine solche Operation rentabel ist oder nicht. Die Motive sind nicht wirtschaftlicher, sondern politischer Natur. Es geht darum, die öffentliche Stimmung zu beruhigen und Arbeitsplätze zu sichern. Erinnern wir uns: Dasselbe Ziel hatten staatliche Unternehmen auch in der Volksrepublik Polen.

Die Jastrzębska Spółka Węglowa (JSW) verzeichnet bereits neun Quartale in Folge Verluste, insgesamt rund 11,2 Mrd. PLN im Minus, darunter etwa 2,9 Mrd. PLN allein in den ersten drei Quartalen 2025. Grund dafür ist der Zusammenbruch der Preise für Koks und Kokskohlen bei sehr hohen Fixkosten, vor allem Personalkosten (ca. 32.000 Beschäftigte, Durchschnittsgehalt 15.600 PLN brutto im Jahr 2024). Um die Liquidität zu retten, begann die Geschäftsführung, Leistungen zu kürzen, u. a. die Auszahlung der „Barbórka“-Prämie (Prämie zum Feiertag der Bergleute). Das löste einen heftigen Aufstand der Gewerkschaften aus.

Der Minister für Staatsvermögen versprach, die Belegschaften der JSW nicht dem freien Markt zu überlassen. Zwar stimmte er einer Übernahme durch die Polska Grupa Zbrojeniowa, einen Konzern, der aufgrund der Produktionsspezifikationen Kosten und Ergebnisse ignoriert, nicht zu, als Rettung soll aber die Einbindung der JSW in die strategische Stahl-Lieferkette dienen, in der auch die parallel vom Staat gerettete Huta Częstochowa eine wichtige Rolle spielt.

„Die JSW soll ein Schlüsselunternehmen sein, das Koks für die Huta Częstochowa und andere polnische Stahlwerke liefert, damit im Land, aus Sicherheits- und Rüstungsgründen, eigener Stahl produziert werden kann“, versprach der Minister für Staatsvermögen Wojciech Balczun in einem Interview mit der Polnischen Presseagentur. Viele Zeitungen und Portale zitieren seine Worte, ohne deren Realitätsgehalt zu prüfen. Die Huta Częstochowa benötigt jedoch keinen Koks. Sie produziert mit dem elektrischen Ofen KONEŁ, dessen Hauptrohstoff Stahlschrott ist, der elektrisch eingeschmolzen wird. Der Minister, der die Rolle des Chefs eines riesigen Konzerns spielt, der Vermögenswerte im Wert von rund 200 Mrd. PLN verwaltet, scheint sich offensichtlich in den Details nicht auszukennen.

Wird KGS die Carrefour-Filialen übernehmen?

Eine besonders kuriose Idee zur Ausweitung der staatlichen Präsenz in der Wirtschaft ist der Vorschlag, die Filialen der französischen Kette Carrefour von der staatlichen Krajowa Grupa Spożywcza (KGS) übernehmen zu lassen. Die Franzosen sind in 34 Ländern aktiv und beabsichtigen, sich aus einigen weniger profitablen Märkten zurückzuziehen. In Polen betreiben sie rund 800 Filialen unterschiedlicher Formate, darunter über 150 Supermärkte und 7 Großhandelsgeschäfte. In den letzten Jahren wurde die Belegschaft reduziert; aktuell arbeiten in Polen etwa 9.000 Personen für Carrefour.

Die Krajowa Grupa Spożywcza (KGS) wurde 2022 durch die Zusammenlegung der Krajowa Spółka Cukrowa mit mehreren anderen Unternehmen der Agrar- und Lebensmittelbranche gegründet. 20 % der Aktien gehören Zuckerrohrplantagen-Besitzern. Die KGS beschäftigt 4.500 Mitarbeiter. Über mehrere Jahre hinweg erzielte sie Gewinne dank hoher Zuckerpreise, des wichtigsten Produktes des Unternehmens. Für das Geschäftsjahr 2024/2025 prognostiziert die Geschäftsführung jedoch einen Verlust von 600 Mio. PLN aufgrund sinkender Zuckerpreise.

Unter der PiS-Regierung war Marek Zagórski, langjähriger PiS-Abgeordneter und ehemaliger Digitalisierungsminister, Vorsitzender der KGS. Im Juni 2025 übernahm Leszek Świętochowski, ehemaliger PSL-Abgeordneter, den Vorsitz. Die Medien beschrieben die KGS mehrfach als „Moloch“ mit politischen Ernennungen und zerstrittenen Fraktionen.

Die Idee der Übernahme der französischen Handelsketten entstand im Landwirtschaftsministerium, also vermutlich im Kreis der PSL-Politiker. Das Ministerium für Staatsvermögen soll das Projekt betreuen, eine endgültige Entscheidung liegt bisher jedoch nicht vor. Das Landwirtschaftsministerium argumentiert, der Staat müsse Einfluss auf die Lebensmittelverteilung haben, und die Übernahme von Carrefour durch die KGS sei ein „Schritt zum Aufbau eigener Lieferketten“. Außerdem wird angeführt, dass auf diese Weise die von Zwischenhändlern einbehaltene Marge gesenkt werde.

Allerdings ziehen sich die Franzosen aus Polen zurück, gerade weil ihre Filialen mit minimaler Marge arbeiten und kaum rentabel sind. Die Carrefour-Gruppe verfügt über enorme Erfahrung im Handel, die von Politikern geführte KGS deutlich weniger. Der Wert der polnischen Carrefour-Aktiva wird auf etwa 1 Mrd. Euro, also mehrere Milliarden PLN, geschätzt. Das staatliche Unternehmen verfügt nicht über solche Mittel, zumal Verluste erwartet werden. Für den Kauf der französischen Kette müsste es Kredite aufnehmen, möglicherweise sogar mit einer Staatsgarantie, das Risiko würden also die Steuerzahler tragen.

Verstaatlichung bremst das Wirtschaftswachstum

In der Europäischen Union gibt es nur sehr wenige Beispiele für staatliche Handelsketten. Ich habe lediglich zwei gefunden und beide sind wenig ermutigend. In Bulgarien hat die Regierung in diesem Jahr die Gründung einer staatlichen Aktiengesellschaft angekündigt, die ein Netz von Geschäften unter dem Namen „Magazin za horata“ („Laden für die Menschen“) betreiben soll. Dort sollen hauptsächlich bulgarische Lebensmittel verkauft werden, zu Preisen unter dem Marktniveau. Das Projekt befindet sich erst im Anfangsstadium.

In Rumänien wurde 2018 das staatliche Unternehmen Casa Română de Comerț Agroalimentar „Unirea“ gegründet. Die Pläne waren ehrgeizig, es sollten 60 bis 80 Geschäfte mit rumänischen Produkten entstehen. Bis Ende 2019 wurden jedoch nur zwei Geschäfte eröffnet, und diese machten Verluste. Das

Projekt wurde ausgesetzt, 2022 wieder aufgenommen, und 2023 geriet das Unternehmen in den Mittelpunkt einer Korruptionsermittlung. Die Staatsanwaltschaft schätzt den möglichen Schaden für die öffentlichen Finanzen aufgrund von Unregelmäßigkeiten in der Tätigkeit des Unternehmens auf rund 40 Millionen Lei (etwa 32 Millionen PLN).

In Slowenien wurde die große Einzelhandelskette Mercator, die 1949 gegründet wurde, in den letzten Jahren privatisiert. Im April 2022 wurde sie von der Fortenova Group übernommen, die vom kroatischen Unternehmer Pavao Vujnovac kontrolliert wird.

In Polen herrscht im Einzelhandel ein enormer Wettbewerb, dessen Effekt unter anderem ein schneller Rückgang der Inflation ist. Die Vorstellung, dass der Staat Geschäfte betreiben sollte, gehört zu den absurdesten Ideen. Verstaatlichung bremst das Wirtschaftswachstum, weil sie den Wettbewerb einschränkt, private Initiative unterdrückt und Kapital dorthin lenkt, wo Politiker und nicht die Effizienz entscheiden.

Die Erfahrungen entwickelter Länder zeigen, dass die Produktivität und die Investitionen umso langsamer wachsen, je größer der staatliche Anteil an der Wirtschaft ist. Wenn wir das Wachstum beschleunigen wollen, ist es notwendig, die staatliche Präsenz in der Wirtschaft schrittweise zu verringern und mehr Raum für private Unternehmen zu schaffen, die Kapital besser nutzen und schneller auf Marktveränderungen reagieren.

Zsfg.: AV

<https://wyborcza.pl/7,75968,32444813,rzad-tuska-tak-jak-rzad-pis-zajmuje-sie-nacjonalizacja.html#s=S.index-K.C-B.1-L.1.duzy>

ZITAT DER WOCHE



Quelle: [PAP/Albert ZawadaPolsat News](#)

„Ich würde es so formulieren: Die Position des polnischen Präsidenten, ich möchte diese Worte hier nicht beleidigend verwenden, aber seine Rolle, seine Funktion ist die eines nützlichen Idioten. Ich sage nicht, dass die Person ein Idiot ist, sondern ich spreche von der Rolle, die bereits von sowjetischen Wissenschaftlern zu Lenins Zeiten definiert wurde, nämlich Maßnahmen zur Umsetzung – scheinbar der Interessen Polens – in Wirklichkeit aber Interessen, die ganz anderen dienen.“

...

„Denn er [Putin] will die Ukraine nicht in der NATO, er will keine Stabilisierungsmission, er will die Ukraine entnazifizieren. Er will, dass in 100 Tagen Wahlen in der Ukraine stattfinden, und Präsident Nawrocki verleiht dieser Strömung Glaubwürdigkeit, indem er sich weigert, nach Kiew zu reisen.“

Jacek Czaputowicz – polnischer Außenminister vom 9. Januar 2018 bis 26. August 2020

Quelle: <https://wydarzenia.interia.pl/kraj/news-zapytali-czaputowicza-o-nawrockiego-rola-pozytecznego-idioty,nId,22460551>

MEDIENSPIEGEL – IN DER DEUTSCHSPRACHIGEN PRESSE ÜBER POLEN

n-tv.de

Russische Kampffjets versetzen Polen in höchste Alarmbereitschaft

<https://www.n-tv.de/politik/Russische-Kampffjets-versetzen-Polen-in-hoechste-Alarmbereitschaft-id30087984.html>

tagesschau.de

Regierungskonsultationen in schwierigen Zeiten

<https://www.tagesschau.de/ausland/europa/deutschland-polen-regierungskonsultationen-100.html>

tagesschau.de

Die Meinung von Jacek Tyblewski, RBB, zum deutsch-polnischen Verhältnis

<https://www.tagesschau.de/tagesthemen/video-1531028.html>

fr.de

Deutsch-polnisches Treffen: Noch ist Europa nicht verloren

<https://www.fr.de/meinung/kommentare/deutsch-polnisches-treffen-noch-ist-europa-nicht-verloren-94063856.html>

taz.de

Keine Besserung der deutsch-polnischen Beziehungen in Sicht

<https://taz.de/Regierungskonsultationen-in-Berlin!/6134185/>

tagesspiegel.de

Kanzler will „jetzt hier keine Summen nennen“: Tusk mahnt Merz zu mehr Tempo bei Entschädigung polnischer Nazi-Opfer

<https://www.tagesspiegel.de/politik/kanzler-will-jetzt-hier-keine-summen-nennen-tusk-mahnt-merz-zu-mehr-tempo-bei-entschadigung-polnischer-nazi-opfer-15002330.html>

DIALOG FORUM – Perspektiven aus der Mitte Europas

<https://forumdialog.eu/>

POLEN und wir – älteste Zeitschrift für deutsch-polnische Verständigung

<http://www.polen-und-wir.de/>

REDAKTION:

kontakt@mitte21.org

Christel Storch-Paetzold

Jerzy Paetzold | Andreas Visser | Krzysztof Wójcik

Layout: Malgorzata Nierhaus